

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Fred Konrad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Evangelisches Krankenhaus Zweibrücken

Die **Kleine Anfrage 2938** vom 18. Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

Das Evangelische Krankenhaus Zweibrücken verliert laut Zeitungsberichten (z. B. Zweibrücker Zeitung 288, vom 12. Dezember 2014) vier der fünf Leitenden Ärzte. Zudem sollen mehrere Assistenzärzte eine Kollektivkündigung angekündigt haben, sollten sich die Arbeitsbedingungen nicht verbessern. Die größte Abteilung des Krankenhauses, die Innere Medizin, soll künftig nicht mehr von eigenen Ärztinnen und Ärzten geleitet werden, sondern durch zwei ärztliche Direktoren des Homburger Uniklinikums in Nebentätigkeit. Diese haben zudem noch Nebentätigkeiten in weiteren Kliniken angenommen. Der einzige verbleibende Leitende Arzt leitet hingegen ebenfalls in Nebentätigkeit die Chirurgische Abteilung des Evangelischen Krankenhauses Bad Dürkheim. Auch diese Leitung in Nebentätigkeit wurde von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten vor Ort öffentlich als unzureichend kritisiert. Als Gründe des Zerwürfnisses zwischen dem leitenden ärztlichen Personal und der Geschäftsführung des Evangelischen Krankenhauses Zweibrücken werden in der Presse unüberbrückbare Differenzen über die Bezahlung der Leitenden Ärzte und die personelle Ausstattung der Abteilungen berichtet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Versorgung der Patientinnen und Patienten in den betroffenen Evangelischen Krankenhäusern in Zweibrücken und Bad Dürkheim unter den momentanen Bedingungen aus Sicht der Landesregierung akut gefährdet?
2. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, die gesundheitliche Versorgung sicherzustellen?
3. Welche Ergebnisse hatten Gespräche der Landesregierung mit der Krankenhausleitung, der ärztlichen Leitung, dem Personal und den Patientenvertreterinnen und -vertretern?
4. Welche Anforderungen sind vor dem genannten Hintergrund an überörtliche Kooperationen von Kliniken zu stellen, damit aus Sicht der Landesregierung die ärztliche Verantwortung ausreichend wahrgenommen werden kann?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Januar 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Nein. Die Krankenhäuser erfüllen weiterhin ihren Versorgungsauftrag.

Zu 2.:

Gemäß § 2 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) ist die Krankenhausversorgung eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte, um die Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten. Das Land erfüllt seine Aufgabe durch die Aufstellung des Landeskrankenhausplanes und des Investitionsprogramms sowie durch die öffentliche Förderung der Krankenhäuser. Die Landkreise und die kreisfreien Städte erfüllen diese als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung, indem sie Krankenhäuser errichten und unterhalten, soweit diese nicht durch freigemeinnützige, private oder andere geeignete erfolgt.

In Zweibrücken und Bad Dürkheim wird die bedarfsgerechte Versorgung dadurch gewährleistet, dass die dortigen Krankenhäuser einen bedarfsgerechten Versorgungsauftrag erhalten haben.

b. w.

Zu 3.:

Das zuständige Ministerium ist lediglich von der Krankenhausleitung um Gespräche gebeten worden. Im Ergebnis wird das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie die Weiterentwicklung der Standorte wie bisher konstruktiv begleiten.

Zu 4.:

Die Ausübung des Versorgungsauftrages muss vollumfänglich sichergestellt werden. Gemäß § 107, Absatz 1, Satz 2 und 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sind Krankenhäuser Einrichtungen, die fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen, über ausreichende, ihrem Versorgungsauftrag entsprechende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen und nach wissenschaftlich anerkannten Methoden arbeiten sowie mit Hilfe von jederzeit verfügbarem ärztlichem, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischem Personal darauf eingerichtet sind, vorwiegend durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten der Patienten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Krankheitsbeschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten. Diese Anforderungen gelten auch bei einer überörtlichen Kooperation.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin